

Saale-Beitung.

werden die Gekoppelten Kolonialstelle oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unrennen Annahmestellen und allen Annahmestellen Expeditionen angenommen.

Er scheint täglich einmal, Sonntage und Montage einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Sechsbundertziger Jahrgang.

Nr. 474.

Halle, Donnerstag, den 9. Oktober

1913.

Der Geburten-Rückgang.

Es tutet ein wenig komisch an, wenn man sich auf dem Allgemeinen Frauen-Kongress in Gießen dagegen verwahren mußte, daß die Frauenemanzipation Schuld an dem Geburtenrückgang trage. Die wirtschaftliche Emanzipation der Frauen trägt unverkennbar den Stempel einer ökonomischen Notwendigkeit an sich.

Aber ebensovienig, wie man die Frauenemanzipation auf den Geburtenrückgang ohne Wirkung stellen muß. Aber ebensovienig, wie man die Frauenemanzipation für den Rückgang der Geburten verantwortl. machen kann, ebensovienig wird man auch, wie das von Seiten mancher Nationalökonominnen geschieht, den wachsenden Reichtum für die Verminderung der Geburtenzahl verantwortl. machen können.

Früher hat der Adel z. B. um den Familienfortschritt möglichst ungeteilt vererben zu können, einen Teil seiner weiblichen Descendenz und auch viele der jüngeren Söhne zur Chelofchaft verurteilt, indem er sie in die Klöster steckte und sie der Kirchenkarriere zuführte.

Es sind in der Hauptsache, wie bei der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau, wirtschaftliche Notwendigkeiten, die zu einer Beschränkung der Kinderzahl führen. Bei den Familien mit einem Einkommen, das nach nicht einmal ein Existenzminimum darstellt, wie das bei Arbeitern, Kleinhandwerkern, einem Teil der Unterbeamten und Privatbeamten der Fall ist, wird in der Hauptsache die Furcht vor Mangel an nötigem Lebensbedarf das treibende Motiv sein.

Und was nun die Erziehungsstellen betrifft, so ist es eine bekannte Tatsache, daß diese durch Erhöhung des Schulgeldes aller höheren Schulen und durch die Verlängerung des Studienganges und der Wartzeit auf eine auskömmliche Einnahme so erheblich verteuert ist, daß es ein Vermögen kostet, wenn man mehreren Kindern die Möglichkeit gewährt, sich eine abgeschlossene Universitätsbildung anzueignen oder auch nur die Berechtigungen zum einjährigen Dienst und zur Bekleidung mittlerer Beamtenstellen zu erwerben.

man sich gegen die große, übergroße Konturrenz, die verabschiedeten Offiziere wollen den Handelsangestellten aus seiner Stellung verdrängen, weil sie ihrer Pension nicht leben können, die Oberlehrerkarriere ist überfüllt und die Probekandidaten warten jahrelang auf Anstellung, der Ueberfluß an Volksschullehrern und Lehrerinnen steigt bedenklich. Und so geht es bis zu den mittleren und unteren Beamtenkategorien. Wo soll der Ueberfluß hin und wie kann ein Familienvater seine Söhne und Töchter vor der Misere der Verdienstlosigkeit schützen?

Daneben wirken die Wohnungsverhältnisse auf die Geburtenminderung ein. Nicht nur die Erhöhung der Mietpreise ist es, die da mitwirkt, sondern auch die Verkleinerung der Räume. Die seinerzeit hier in Halle von der Wohnungsinspektoria getendete Urache für die Verteuerung der Mieten, die auch auf dem Frauenkongress in Gießen auftauchte: daß die Mieter durch die schlechte Instandhaltung der Wohnungen selbst an der Verteuerung der Wohnmieten schuld tragen, dürfte in dieser Allgemeinheit übrigens schwerlich zutreffen.

Man hat darauf hingewiesen, daß der Geburtenrückgang in den alten Kulturländern eine allgemeine Erscheinung sei. Das ist richtig, aber die Ursachen sind auch in den anderen Ländern, deren Geburtenziffer sich mindert, mehr oder minder die gleichen wie bei uns. In Frankreich ist das indirekte Zollsystem seit langem schuld daran, daß in England wird es immer schwieriger, bei großer Familie die Kinder zu versorgen. Daher zeigt sich dort der Geburtenrückgang, während Rußland mit seinen billigen Lebensmitteln und leichteren Erwerbsmöglichkeiten an Volkszahl anhäuft.

Geburtenrückgang in England.

Auch in England wird seit den letzten Jahren der amtliche Bericht über die Bevölkerungsbewegung mit einer sorgenvollen Spannung erwartet; denn obgleich man von der französischen Stagnation noch ziemlich weit entfernt ist, so bestärkt doch jede neue Statistik, daß man sich in dieser Richtung befindet. Die Geburtenrate ist in dem soeben veröffentlichten Berichte über das Jahr 1911 die niedrigste je beobachtete. Es wurden auf 1000 Einwohner 24,4 Geburten gezählt. Seit 1876 ist die englische Geburtenziffer um fast ein Drittel gefallen; wäre die Fortpflanzung der Bevölkerung nach diesem Maße in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, so würden heute ungefähr 400 000 Menschen jährlich mehr geboren werden. Die bereits vorliegenden, aber noch nicht genau bearbeiteten Zahlen für 1912 machen es wahrscheinlich, daß in diesem Jahre ein weiterer Rückgang um 0,6 auf tausend erfolgt ist, die Geburtenziffer also jetzt weniger als 24 beträgt. Dieser Abnahme steht nicht mehr eine ebenso große der Sterbeziffer gegenüber, und es ist daher von einem stetigen und sich beschleunigenden Falle des Bevölkerungswachstums zu reden. Es starben 1911 14,6 auf tausend Menschen. Diese Zahl ist sogar erheblich, nämlich um 1,1 höher als die für 1910, doch hofft der amtliche Bericht, daß die Steigerung bloß vorübergehend sei. Sie wird nämlich auf die außergewöhnlichen klimatischen Bedingungen des Sommers 1911 zurückgeführt; nicht weniger als 0,8 von jener Ziffer kommen auf vermehrte Sterblichkeit durch Diarrhoeerkrankheiten. Einen der Gründe für die verminderte Geburtenzahl gibt der Rückgang der Heiraten an. 1871 waren auf 1000 Personen im ehefähigen Alter 56,9 verheiratet; 1911 waren es bloß noch 46,2.

Der Wahlkampf in Baden.

L. C. Die Reichstagswahlwahl in Baden-Karlsruhe hat ein Ergebnis gezeigt, das scheinbar ein Abflauen des politischen Interesses bei allen Parteien bedeutet; denn alle drei Bewerber, Zentrum, Nationalliberaler und Sozialdemokrat, haben an Stimmen verloren. Aber die Abnahme des politischen Interesses ist nur scheinbar. In Wirklichkeit konzentriert sich die politische Anteilnahme auf die dicht bevölkerten Landtagswahlen, und zwar so intensiv, daß für die zwischen durch erfolgende eine Erntewahl zum Reichstage kein genügender Aktionismus mehr vorhanden war. Im allgemeinen ist ja in Baden das politische Interesse reger wie beispielsweise in Norddeutschland, und dies zeigt sich auch bei den seigen Landtagswahlen, die die Gemüter lebhaft beschäftigen.

Politisch sind diese Wahlen auch von sehr erheblicher Bedeutung. Der bekannte fortschrittliche Politiker Stadtrat Dr. Weiß-Rosenau weist auf diese Bedeutung der Wahlen in einem Artikel des „Frankfurter Kuriers“ hin. Es handelt sich nach ihm um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob der letzte süddeutsche Bundesrat dem Einfluß der konservativ-liberalen Reaktion ausgeliefert werden soll oder nicht. Das Zentrum und die mit ihm verbündeten Konservativen machen die größten Anstrengungen, um die bisherige liberal-sozialdemokratische Mehrheit zu brechen, und sie versuchen, soweit es ihnen nicht im offenen Kampf gelingen kann, durch die Aufstellung und Begünstigung rechtsliberaler und wider Kandidaten einen Reiz in die liberale Pfalz zu treiben. Auf der anderen Seite stehen die beiden liberalen Richtungen, die fortschrittliche Volkspartei

und die Nationalliberalen als Verbündete, und die Sozialdemokratie. Leider gelang es nicht, einen Großblock für den ersten Wahlgang zustande zu bringen und damit einen Kampf innerhalb der Linken auszuhalten. Die Folgen dieser Unterlassung machen sich, so führt Weiß aus, schon jetzt unangenehm fühlbar, da der Kampf zwischen Liberalen und Sozialdemokraten viele Kräfte und Mittel lahmlegt, die bei einem Großblock im ersten Wahlgang zum Angriff gegen den gemeinsamen Gegner auf der rechten zur Verwendung gekommen wären. Dr. Weiß erinnert an den Versuch des Führers der preussischen Konservativen, Herrn v. Seebödring, um zu zeigen, welchen großen Wert die Reaktion auf einen ihr günstigen Anfall dieser Wahlen legt. Zu diesem Aufstehen der Konservativen in Baden äußert sich Dr. Weiß wie folgt:

„Welcher Art die Interessen der preussischen Konservativen sind, wissen wir aus der Vergangenheit am Genauen, und ein Vergleich zwischen dem öffentlichen Leben in unserem Land und der Stagnation in Oestrichen läßt uns ahnen, was wir von dem Emporkommen der Konservativen hierzulande zu erwarten und zu befürchten hätten. An sich bedürfen die Konservativen in unserem Lande herzlich wenig. Ihre drei Mandate im letzten Landtag veranlaßten sie, ebenso wie ihr einziges Reichstagsmandat, ausschließlich der Hilfe des Zentrums, das auch im gegenwärtigen Wahlkampf sie über- all, selbst in Wahlfreien unterstützt, in denen im Vergleich zu seiner Stärke die konservativen Bundesgenossen eine wesentliche Minderheit ausmachen. Das Zentrum weiß, weshalb es die Konservativen als Vorposten benötigt; hofft es doch von dieser Hilfstruppe im Landtag bei allen reaktionären Anschlägen, insbesondere beim Angriff auf die gemischte Schule, Hilfe und Beistand.“

Die Agitation des Zentrums selbst ist überaus heftig. Die Sprache seiner Presse läßt an Gehässigkeit alles Dagegen hinter sich, und mit allen Mitteln wird versucht, die katholische Volksseele zum Kochen zu bringen. Auch die katholische Geistlichkeit beteiligt sich in vielen Wahlfreien hervortragend an dem Wahlkampf und versucht, die Gläubigen durch den Ruf, die Religion sei in Gefahr, aufzurütteln. Das Zentrum weiß eben ganz genau, was auf dem Spiele steht!

Gegenüber diesem Ansturm von rechts hat die Linke einen schweren Stand; ihr Bestreben ist hier und da bedroht. Trotzdem wird dem Wahltag mit Zuversicht entgegengeesehen. Insbesondere ist, wie Dr. Weiß mitteilen kann, die fortschrittliche Volkspartei seit Wochen reger als dem Plan. Ihr jüngst erschienener Wahlauftrag führt in erspöcklicher Weise den Wählern die demokratischen Forderungen der Gegenwart vor Augen und erinnert sie daran, was bei einem Sieg das Zentrum und der Konservativen auf dem Spiel steht. Er ruert die Wähler an, dafür zu sorgen, daß Baden eine Burg der Freiheit bleibe und der Verlust, das freireichlich genannte Volk unter das Joch der Reaktion zu zwingen, zu verhindern werde. Wenn nicht alles irrt, wird dieser Wunsch in Erfüllung gehen und der 21. Oktober, der Wahltag, dazu beitragen, das Baden auch in Zukunft als liberaler Mutterstaat gerühmt wird.

Eine Neuregelung der Heiligtengesetzgebung

wird in Preußen je länger je mehr zur Notwendigkeit. Nach den jetzt gültigen gesetzlichen Bestimmungen erhält die Witwe eines preussischen Beamten oder Lehrers 40 v. H. des Ruhegeldes, zu welchem der Verstorbenen berechtigt gemein ist, als Witwenpension, die hinterlassene Witwenrente ein Fünftel, die Witwe eines 10-jährigen Dienstzeit Besondere, die Witwe eines 10-jährigen Dienstzeit Besondere, der vor diesem Zeitpunkt Verstorbenen wäufig leer aus. Zweifellos ist die jetzt gültige Regelung und die auch dann noch ungenügende Hinterbliebenenversorgung eine der Ursachen für die Heiligtengesetzgebung und die niedrige Geburtenziffer in Preußen und Beamtenkreisen. Die amtliche Statistik stellte z. B. fest, daß im Jahre 1911 von 1000 Lehrern im Alter von 25 bis 30 Jahren 549, von 1000 der gesamten männlichen Bevölkerung derselben Altersklasse nur 480 ledig waren, daß weiter auf den verheirateten bzw. verheirateten gemeinsamen Lehrer in der Stadt durchschnittlich nur 2,2, auf dem Lande durchschnittlich 2,9 Kinder entfielen. In den Kreisen der mittleren und höheren Beamten liegen die Verhältnisse ebenso ungünstig. Es ist daher dringend zu wünschen, daß auch in Preußen, wie es in zahlreichen deutschen Staaten längst der Fall ist, der Anspruch auf die Versorgung der Hinterbliebenen durch die feste Anstellung begründet und den Hinterbliebenen früh verlorbener Beamten und Lehrer eine nicht zu geringe Versorgung gemährt wird. Die bisherige Witwenrente (40 v. H. des Ruhegeldes) ist für die unteren Dienstaltersstufen völlig unzureichend. Die Witwe und zwei Kinder eines nach 10 Dienstjahren verstorbenen Lehrers erhalten als „Verorgung“ den geringen Betrag von 44 1/2 Mark und sind, wenn nicht von anderer Seite für sie gesorgt wird, völliger Verarmung preisgegeben. Dabei haben sie noch den Vorzug, daß sie infolge der inzwischen einsetzenden Erhöhung der Lehrgeldder erheblich besser gestellt sind als die Hinterbliebenen der vor 1908 Verstorbenen. 1890 verlorbener Lehrer. Nach den Ermittlungen des Schiffsdienst-Vereins haben in Schlesien noch jetzt 9 Lehrerwitwen ein Gesamteinkommen von weniger als 250 Mk., 32 Witwen von nur 250 Mk., 57 von 251 bis 300 Mk. und 250 von 301 bis 400 Mk. In Schlesien-Sachsen betragen von 295 Witwen 9 überhaupt keine Pension, und 140 haben weniger als 400 Mk. Diese Zahlen entstellen ein überaus trauriges Bild von der Wirklichkeit. Die Not ist so groß, daß durch staatliche Unterstüßungen (im Jahre 1910 1 003 824 Mark)

Reise Dismund Reis nach Berlin.

Nach einer Konstantinopeler Depesche der „Königlichen Zeitung“ begibt sich Dismund Reis in zehn Tagen nach Berlin. Er soll anlässlich der Wiederaufnahme der zwischen Deutschland und Frankreich geführten Verhandlungen über die Eisenbahnfragen dahin wirken, daß ein Vergleich herbeigeführt werde, damit diese Verhandlungen endgültig sind.

Spanische Flottenpläne.

Madrid, 9. Oktober.

Der König hat eine Verfügung unterschrieben, welche die Einbringung einer Gesetzesvorlage über die Fortsetzung der Kriegsschiffbauten in den Kammern genehmigt.

Der serbische Reichstag, die Stupskina, ist am Mittwoch wieder zusammengetreten. Ein Abgeordneter hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die ungenügende Ueberzahlung von Grundstücken an Familien gefallener Soldaten betrifft.

Der Bombenanschlag von Fiume. Am Dienstag wurden in Fiume 14 junge Leute verhaftet und dem Gericht übergeben. Die Verhaftungen sollen mit dem Bombenanschlag im Regierungsgeschäftsgebäude von Fiume in Verbindung stehen.

Verbandstage.

Zwei Frauen-Kongresse.

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein

trat, wie wir bereits mitteilten, in Gießen unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus ganz Deutschland zu seiner 27. Generalversammlung zusammen. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattete die Vorsitzende Helene Lange (Berlin) den Geschäftsbericht, der die verflochtenen zwei Jahre umfaßt. Die Tätigkeit des Vorstandes habe in dieser Zeit hauptsächlich der Forderung der Zentrale für Gemeindevorstände der Frau in Frankfurt a. M. gegolten. Die Aufgabe der Zentrale soll sein, durch Materialsammlung, Auskunftserteilung und unmittelbare Anregungen die Einstellung von Frauen in ehrenamtliche oder berufliche Gemeindevorstände zu fördern. Da die Zentrale aber bedeutend über ihren Rahmen hinausgewachsen war, wurde eine im Hauptberuf tätige Beamtin, Fräulein Dr. Margarete Bernhardt, als Vertreterin dieser Zentrale angeheilt. — An der großen Frauenausstellung in Berlin im vorigen Jahre war der Vorstand des Verbandes wie alle großen Frauenorganisationen lebhaft beteiligt. Während die Zahl der Ortsgruppen sich nicht vermehrt hat, ist die Zahl der angegliederten Vereine von 44 auf 57 gestiegen. Die Arbeit der Ortsgruppen war recht umfangreich und auch noch große Tätigkeit, besonders auf dem Gebiete der kommunalen Wohlfahrtspflege und der Wohnungsinspektion. In Halle, Darmstadt, Gera und Gießen sind Ausstellungen zur Bekämpfung der Schundliteratur veranstaltet worden. Neue Arbeit brachte die Einführung der Angestelltenversicherung. Hinzukamen noch die gewerbliche Fortbildungsschule für Mädchen, die Rechtschutzarbeit, die Frage der weiblichen Vormundschaft u. a. m.

Nachdem Frau Traun (Berlin) über die Tätigkeit des Propaganda-Ausschusses referiert hatte, sprach Fräulein Dr. Marie Scherer (Berlin) über die

„Probleme der häuslichen Wohnungspflege und die Wohnungsinspektion“.

Rednerin betonte, daß besonders in Kreisen eine planmäßige Wohnungsinspektion dringend erforderlich sei. Die Einpferchung vieler Menschen in einen Schlaraffenraum sei energisch zu bekämpfen; auch das Schlafgemach sei ein großer Lebenslast. Besonders die heranwachsende Jugend erleihe dadurch gesundheitlichen wie sittlichen Schaden. Die Mängel im Wohnungswesen sind in erster Linie dem Mieter zur Last zu legen, der die Wohnung häufig gar nicht recht versteht (1) und nach einem Jahre wieder auszieht (2). Dem Hauswirt könne man nicht zumuten, daß er die Wiederherstellung der Wohnung, aus seiner Laune, er müsse die Anwendungen natürlich auf die Miete schlagen. Daß das Wohnen zu verteuert werde, ist selbstverständlich. Hier müßte erzieherisch auf die Mieter einwirken werden. Weniger einfach zu lösen sei die Frage der Milderung der übrigen Mängel, bei denen schwere soziale Probleme in Betracht kämen. Um das Uebel bei der Wurzel zu fassen, müsse man sich eingehend mit den minderbemittelten Familien beschäftigen, wobei in erster Linie die Wohnungsinspektion in Betracht käme. Dieser Posten könne viel besser von einer Frau versehen werden als von einem Manne. Bei der Wohnungsinspektion würde gewöhnlich doch nur die Frau zu Hause angetroffen,

Fruchtlos im Godland stehen die Bäume

und in die Freuden des Herbstes mischt sich die Wägnut, daß die schöne Naturzeit vorüber ist und auch die Ernte um die Gesundheit nennentlich für empfindliche Menschen. Wer zu Gefährten neigt, von ein Uebeln besser macht, wer leicht einen Katarrh weg hat oder war gar ein verzerrten Bronchialkatarrhen leidet, der verwendend von nun an regelmäßige Raucher-Sommer-Winter-Richtungen, damit er die Gefahren des Herbstes u. Winteres leichter überwindet. Aber man verlange ausdrücklich „Fay“ - Cigaretten, weil dies aus zur Zeit benutzten Gemeinheitslancetten gewonnen sind. Die Schachtel kostet 5 Pfg. und ist überall zu haben.

und es sei natürlich, daß eine Frau viel eher einer anderen Frau etwas anvertraut als einem Manne. (Beifall.)

Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag des Vorstandes angenommen:

„Der Allgemeine Deutsche Frauenverein möge Schritte tun für die Beilegung derjenigen Bestimmungen, in den bundesstaatlichen Beamtengelehen bzw. Verordnungen, die der Ehefrau des Beamten die Ausübung einer Erwerbstätigkeit verbieten.“

Wenbs fand eine große

Öffentliche Volksversammlung

statt, in der Fräulein Dr. Marie Bernays (Heidelberg) über das Thema sprach: „Bezieht ein unrichtiger Zusammenhang zwischen der Frauenbewegung und dem Geburtenrückgang?“ Diese Frage wurde von der Rednerin verneint, nachdem sie in längerem Vortrage auf den Geburtenrückgang eingegangen war. Sie betonte, daß der Rückgang der Geburtenzahl nicht auf die Städte beschränkt geblieben ist, auch auf dem Lande falle die Geburtenziffer ständig. Die sexuelle Frauenemancipation, die auf den Geburtenrückgang einen, wenn auch nur geringen Einfluß ausübe, stehe aber im Widerspruch zu den Grundgedanken der Frauenbewegung. — An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in welcher man sich besonders gegen die Abtreibungen aussprach. Eine Rednerin stellte fest, daß auch der Dienstbotenmangel und die Wohnungsnot einen großen Einfluß auf den Geburtenrückgang ausübe.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht

hielt seine 5. Generalversammlung unter dem Vorsitz von Frau Maria Stritt (Berlin) in Eisenach im großen Saale der „Eichlung“ ab. Die Vorkisgen gedachte in ihrer Begrüßungsansprache auch des verstorbenen Vorkämpfers für Frauenrechte August Bebel, dessen Andenken die Versammlung durch Gesänge von den Seiten übte. — Den Jahresbericht erstattete Fräulein W. Weigel, aus dem hervorzuhelien ist, daß der Verband raktlos für die politische Gleichstellung der Frau, insbesondere für die Erlangung des Stimmrechts in Kommune und Staat, gearbeitet hat. — Nachdem Frau Stritt einen interessanten Vortrag über die Fortschritte der internationalen Stimmrechtsbewegung gehalten hatte, in dem die Resultate, die in Australien, Amerika und China erreicht wurden, vor Augen geführt werden, folgten Beratungen über interne Vereinsangelegenheiten. — An die Beratungen schloß sich im Kurhaus Rürstehof eine große öffentliche Volksversammlung, Frau Adele Schreiber-Krieger (Berlin) sprach über die

Psychologie der Arbeiterin.

Sie schilderte in ergreifender Weise das Elend der Kinderarbeit, durch die die Heranwachsenden gerade in den Entwicklungsjahren außerordentlich schweren gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt sind. Nach einer kurzen Wüzeit im Mädchenalter beginne das Martyrium der unehelichen Mutter oder das vielleicht noch härtere Schicksal der Arbeiterfrau, die mit geringen Mitteln eine zahlreichere Kinderzucht zu bewerkstelligen müße. Im diesem Elend zu wehren, müße ein allgemeines Frauenwohlfahrt eingeleitet werden, das nicht nur auf die sogenannten besseren Stände sich erstrecken dürfe, sondern daß jede Frau ohne Klassenunterschied erhalte. — Frau Engelmann-Herz betonte die Wichtigkeit des Frauenstimmrechts für den Beruf der Arbeiterin. Es müße unter den Lehrerinnen noch besonders viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, denn sonst wäre es undenkbar, daß der Allgemeine Lehrerverein mit 32 000 Mitglieder zähle, der Verein für Frauenstimmrecht aber nur 9000. Hier könne noch viele Arbeit geleistet werden. (Beifall.) — Frau Dr. Renetta Brandt (Walt) bewaerte die politische Jersipflichkeit der Frauen, die der Erlangung des Wahlrechts hinderlich sei.

Vermischtes.

Zwei Häuser in die Luft gejprengt.

München, 9. Oktober.

Das malerisch an der Altmühl gelegene Städtchen Niederraden bei der Oberpfalz ist in der letzten Nacht durch eine furchtbare Explosion aus dem Sclafe geweckt worden. Die Bewohner haben eine Feuerflut zum Himmel steigen und bald darauf stellte sich heraus, daß das Haus des Privatiers Anton Wimmer und das hinter diesem liegende Haus des Schmiedemeisters Wirth in die Luft geflogen waren. Wie durch ein Wunder sind die Wirths'schen Eheleute mit ihren 6 Kindern aus furchtbarer Lebensgefahr nur mit geringfügigen Verletzungen davongekommen, die sie sich auf der Flucht aus dem brennenden Hause zugezogen haben. Es wird angenommen, daß der spurlos verschwundene 73jährige ledige Privatier Anton Wimmer, ein Sonderling, der vor 40 Jahren von Schwaben bei Regensburg nach Niederraden gezogen ist und mit seinem Nachbarn, dem Schmiedemeister Wirth, wegen verweigerter Hausverkaufes seit langem verfeindet war, die Untat begangen hat. In letzter Zeit soll Wimmer auch sehr unter schlechten Finanzverhältnissen gelitten haben. Es scheint, daß er das Sprengpulver im zweiten Stockwerk seines Hauses gelegt und mit Zündschnüren zur Explosion gebracht hat. Die Zertrümmerung beider Häuser war das Werk eines

Lugensbilds. Ehe es sich die Bewohner recht versehen, fielen schon die versteinerten Dachziegel herunter und die Häuser stürzten zusammen. Auch die Umfassungsmauern haben nicht standgehalten. Die Stadt ist in größter Aufregung. Beim Abräumen des Schuttes wurden feinerle Spuren von Wimmer gefunden. Wahrscheinlich hat er rechtzeitig das Weite gesucht und gefunden.

Ein Priester als Defraudant und Verfäher.

München, 9. Oktober.

Ein Prozeß, der Nechtlichkeit mit demjenigen des Pfarrers Münchinger hat, wird noch in diesem Monat in Augsburg zur Verhandlung kommen. Der Pfarrer Wiedemann hat sich an amtlichen Geldern, Vereinsgeldern, Stiftungskapitalen und Summen, die ihm von Privatleuten anvertraut waren, vergrißen; auch wird er von zahlreichen Gläubigern bedrängt. Die unterliegenden Summen sollen noch höher sein als die seinerzeit von Pfarrer Münchinger in Konndorf unterforschungen. Wiedemann ist bereits im Gefängnis; er ist schon vor Jahresfrist von der Strafkammer des Landgerichts Augsburg zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er sich gelegentlich der Einföderung eines Theaterstückes einen zwölfjährigen Mädchen gegenüber Verletzungen hat zuzuschenden kommen lassen.

Defektureinfuhr.

25 Arbeiter verhaftet.

Aus Astrachan, 9. Okt., meldet uns ein Telegramm: Durch einen Defektureinfuhr in einer Poststadt wurden 25 Arbeiter verhaftet. Ganz Deutsche sind tot, acht schwer verletzt.

Die Cholera in Rumänien.

Nach der über den derzeitigen Stand der Cholera veröffentlichten amtlichen Mitteilung ist zu den bereits gemeldeten 908 Cholerafällen ein Zuwachs von 880 Neuerkrankungen an Cholera zu verzeichnen, wovon 336 Fälle auf den Bezirk Dolt entfallen.

Der Prozeß gegen die Pariser Telephonistinnen.

Paris, 9. Oktober.

Vor dem Disziplinarrat der Post- und Telegraphenbeamten werden heute 14 Telephonistinnen und zwei Aufsichtsratsmitglieder, die beschuldigt sind, im Dienst eines Getreideagenten gestanden zu haben und diesen bei Telephonverbindungen zum Schaden seiner Konkurrenten begünstigt zu haben.

Denkmalschändung.

Paris, 9. Oktober.

Das im Tuilerienarten aufgestellte Denkmal der verstorbenen Ministerpräsidenten Adolphe Rouvieu wurde gestern abend von einem etwa 30 Jahre alten Manne mit einem überhitzt. Ein Säugmann verhaftete ihn. Der Mann weigerte sich, seinen Namen zu nennen. Bemerkenswert ist, daß seinerzeit ein eigener Wächtposten bei dem Denkmal aufgestellt war, weil die Camelots du roi gedroht hatten, dieses Denkmal, das sie als eine Beleidigung für einen wahren Patrioten bezeichnen, zu verstimeln.

Die Cholera.

Obeja, 9. Oktober.

Hier ist die fünfte Erkrankung an Cholera durch bakteriologische Untersuchung festgestellt worden. Der Fall verlief tödlich.

Ein dreister Räuber. Aus Berlin, 8. Oktober, wird gemeldet: Heute abend fünf nach 8 Uhr betrat ein ich Karl Becker aus Frankfurt a. M. nennendes Individuum ein Goldwarengeschäft in der Friedrichstraße 34 und forderte, indem er mit vorgerücktem linken geliebten Revolver auf den hinter dem Ladenhock lebenden Geschäftsinhaber, Hermann Barth, zuschritt, die Tageskasse. Barth schlug den Angreifer heftige, gelangte auf die dicht belebte Straße und rief um Hilfe. Mehreren Personen gelang es, den Räuber, bevor er zu fliehen vermochte, festzunehmen. Zwei Männer, die sich vor dem Laden aufhielten, verschlangen in der Mense; sie büchten die Kommissen des Täters gemeldet sein.

Eine Fahrabahn auf der Zugspitze. Das österreichische Eisenbahnamtsministerium hat die Konstruktion Sackthalerer beauftragt, eine genaue Unternehmung der Strecke für eine elektrische Fahrabahn, die von Ehrwald in Tirol nach dem Ehrwald der Köpfer oder auf die Zugspitze führen soll, vorzunehmen. Diese Strecke ist der erste Teil der ausschließlich auf österreichischem Gebiet geplanten Bahn von Ehrwald auf die Zugspitze.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Day; für den ästhetischen Teil: für Provinzialanarchisten, Gerlach, Habel; Eugen Bernheim; für Reichstagen, Vermischtes etc.: Karl Buchtmann; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Henkel, Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Wer es nicht weiss der merke sich, daß es zur Gaus- und Schindelpflege kein besseres Mittel gibt als die bewährte **Myrrhollinselfe.**

Sonnabend, der 11. Oktbr.

bleiben meine Geschäftsräume feiertagshalber bis 6 Uhr abends

geschlossen. S. Weiss

Leipzigerstrasse 106/106, Ecke Markt

